

Bundesministerium
des Innern

**Praktiker-Erfahrungsaustausch
zum Zuwanderungsgesetz**

am 30. und 31. März 2006 in Berlin

Ich nehme teil

☐ am Donnerstag, den 30.03.2006.

☒ am Freitag, den 31.03.2006 *ab ca 17 Uhr*

☐ an beiden Tagen

Name: James Stichaner

Bezeichnung/Funktion: Regierungsdirktor / Leiter der Gruppe Staatsangehörigkeitsrecht

Telefon: 030/9027-1092

Telefax: 030/9284261 (PC Fax) bzw. 90272283

E-Mail: james.stichaner@seninn.verwalt-berlin.de

Anmerkung: Das schriftl. Statement ist beigefügt

Bitte bestätigen Sie Ihre Teilnahme bis zum 24. März 2006:

Frau Denise Henrion

Telefon: 01888-681-2195

Fax: 01888-681-2226

E-Mail: denise.henrion@bmi.bund.de

E-Mail-Fax: 01888-681-5-2195

Schriftliche Fassung des Statements zum Komplex „Staatsangehörigkeit“ (Erfahrungen mit der Regelanfrage und Auswirkungen der verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Sicherheits- und Einbürgerungsbehörden sowie zwischen den Sicherheitsbehörden und den Ausländerbehörden auf das Einbürgerungsverfahren)

1. Erfahrungen mit der Regelanfrage

1.1 Rechtlicher Ausgangspunkt

Gemäß § 11 Nr. 2 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) besteht ein Anspruch auf Einbürgerung bereits dann nicht, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass der Einbürgerungsbewerber Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolgt oder unterstützt hat, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, es sei denn, der Einbürgerungsbewerber macht glaubhaft, dass er sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt hat.

Entsprechendes gilt nach den bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften zum Staatsangehörigkeitsrecht auch für Ermessenseinbürgerungen nach den §§ 8, 9 StAG.

Diese Rechtslage besteht bereits seit In-Kraft-Treten des Staatsangehörigkeitsreformgesetzes der rot-grünen Bundesregierung am 01.01.2000 bzw. für sog. Altanträge seit In-Kraft-Treten des Terrorismusbekämpfungsgesetzes am 01.01.2002 (vgl. § 86 Nr. 2 AuslG). Es werden auch Handlungen und Tatbestände erfasst, die strafrechtlich nicht relevant sind und keine fassbare Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland mit sich bringen. Durch diese sog. Vorverlagerung des Verfassungsschutzes ist die Ablehnung von Einbürgerungsanträgen aufgrund von sicherheitsrelevanten Erkenntnissen deutlich erleichtert worden. Vorher konnten Einbürgerungsanträge nur abgelehnt werden, wenn der Einbürgerungsbewerber persönlich eine Sicherheitsgefahr darstellte, was in aller Regel (einem entsprechenden Verdacht lagen häufig eingestufte Sicherheitserkenntnisse zugrunde) nicht nachweisbar war.

Nach den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder ist es originäre Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden, zur Erfüllung ihrer Aufgaben Informationen über die in § 11 Nr. 2 StAG genannten Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten (vgl. etwa § 3 Abs. 1 Bundesverfassungsschutzgesetz - BVerfSchG - oder § 5 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Berlin - VSG Berlin). Dies zeigt, dass die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden grundsätzlich der Maßstab für das Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte sind, mögen sich auch in sehr seltenen Einzelfällen Anhaltspunkte aus anderen Erkenntnisquellen (etwa Strafregistrauszüge oder Auskünfte über laufende Ermittlungsverfahren) ergeben. Um den gesetzlich vorgesehenen Ausschlussgrund des § 11 Nr. 2 StAG (Entsprechendes gilt natürlich auch für den in der Praxis weniger wichtigen Ausschlussgrund nach § 11 Nr. 3 StAG) sachgerecht zu prüfen, ist es somit grundsätzlich erforderlich, die zuständige Verfassungsschutzbehörde über vorliegende relevante Erkenntnisse zu befragen.

Dementsprechend wurde in vielen Bundesländern darunter auch im Land Berlin bereits vor der bundesgesetzlichen Einführung der Regelanfrage im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes (§ 37 Abs. 2 StAG) regelmäßig die Verfassungsschutzbehörde beteiligt.

1.2 Konkrete Erfahrungen im Land Berlin

Ohne die Regelanfrage bei der Verfassungsschutzbehörde wären in den letzten Jahren alle bisherigen Ablehnungen von Einbürgerungen aufgrund des Vorliegens tatsächlicher Anhaltspunkte nach § 11 Nr. 2 StAG nicht möglich gewesen.

Insgesamt sind bisher auf der Grundlage des § 11 Nr. 2 StAG bzw. früher § 86 Nr. 2 AuslG im Land Berlin 28 Einbürgerungsanträge aufgrund von die Einbürgerung ausschließenden Erkenntnissen des Berliner Verfassungsschutzes abgelehnt worden. Lediglich in 4 Fällen ist noch ein Verwaltungsstreitverfahren anhängig. In den übrigen 24 Fällen ist das Verwaltungsstreitverfahren entweder durch Klageabweisung oder durch Klagerücknahme abgeschlossen.

1.3 Ausblick

Aufgrund der unter 1.1 und 1.2 vorgenommenen Betrachtung erscheint die Regelanfrage bei der Verfassungsschutzbehörde auch in Zukunft unverzichtbar. Die Aufrechterhaltung der Regelung in § 37 Abs. 2 bleibt zur Klarstellung und im Hinblick auf ein bundeseinheitliches Verwaltungshandeln sinnvoll.

2. Auswirkungen der verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Sicherheits- und Einbürgerungsbehörden sowie zwischen den Sicherheitsbehörden und den Ausländerbehörden auf das Einbürgerungsverfahren

Die positiven Auswirkungen der insbesondere durch die Regelanfrage sichergestellten verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Sicherheits- und Einbürgerungsbehörden sind unter 1. bereits ausführlich beschrieben worden. Daneben fragen die Einbürgerungsbehörden bereits seit Jahrzehnten regelmäßig beim Bundeszentralregister (eine Verurteilung wegen einer Straftat kann die Einbürgerung ausschließen) sowie bei Polizei und Staatsanwaltschaft als Ermittlungsbehörden (während eines laufenden Ermittlungsverfahrens kann nicht eingebürgert werden) an.

Wichtiger sind deshalb für das Einbürgerungsverfahren zusätzlich die Aspekte, die sich aus einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und den Ausländerbehörden ergeben können.

Soweit es aufgrund von Hinweisen insbesondere des Verfassungsschutzes an die Ausländerbehörde etwa bereits zur Nichterteilung oder Nichtverlängerung von Aufenthaltstiteln gekommen sein sollte, ist eine Einbürgerung mangels eines ausreichenden Aufenthaltstitels (vgl. § 10 Abs. 1 Nr. 2 StAG) unabhängig von Einbürgerungshindernissen nach § 11 Nr. 2 und 3 StAG nicht möglich. In aller Regel wird in diesen Fällen ohnehin kein Einbürgerungsantrag gestellt werden, so dass bisher keine praktischen Erfahrungen vorliegen. Eine

möglichst frühzeitige Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Erkenntnisse ist aber grundsätzlich immer zu begrüßen.

Verfügt der Einbürgerungsbewerber aber über einen für die Einbürgerung ausreichenden Aufenthaltstitel und liegen daneben die Einbürgerung ausschließende Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörde vor, ist es sachgerecht, zügig und unabhängig von weiteren ausländerrechtlichen Konsequenzen die Einbürgerung abzulehnen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass in vielen Fällen, in denen der Einbürgerungsantrag „gerichtsfest“ abgelehnt werden konnte, ausländerrechtliche Konsequenzen nicht möglich bzw. nicht sachgerecht waren und sind (beispielsweise die relativ häufigen Ablehnungen wegen Unterstützung des KONGRA-GEL [früher PKK] aufgrund von Teilnahmen an Veranstaltungen und Demonstrationen mit PKK-Bezug).

Es versteht sich allerdings von selbst, dass die Ausländerbehörden über relevante Erkenntnisse zu informieren ist. Die Übermittlung der entsprechenden Erkenntnisse (häufig auch eingestuft) muss nach den Verfassungsschutzgesetzen (vgl. etwa § 22 Abs. 3 VSG Berlin, § 19 Abs. 1 BVerfSchG) grundsätzlich von der Verfassungsschutzbehörde selbst vorgenommen werden. Insofern ist ein verbesserter Informationsaustausch unabdingbar.

Die Einbürgerungsbehörde sollte die Ausländerbehörden aber in jedem Fall unter Verzicht auf Übermittlung der konkreten (eingestuften) Einzelerkenntnisse auf offensichtlich relevante Einzelfälle hinweisen und ihr entsprechende (offen verwertbare) Aktenteile zur Verfügung stellen.

Stichaner